

1949
2019



**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

ES WAR EINMAL...

DIE GESCHICHTE DER WIRTSCHAFTSVERBÄNDE DIE FAMILIENUNTERNEHMER UND DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Wer sind eigentlich diese DIE FAMILIENUNTERNEHMER? Wir bezeichnen uns oft als Rückgrat der deutschen Wirtschaft – dabei sind wir noch viel mehr.

Neben der wirtschaftlichen Stärke unserer Mitglieder und deren herausragenden Bedeutung als Arbeitgeber in Deutschland sind DIE FAMILIENUNTERNEHMER vor allem der letzte ordnungspolitische Kompass in der Verbändelandschaft. Natürlich braucht es Regeln und Gesetze, die Wirtschaftsbeziehungen im Grundsatz steuern, wenn aber die Handlungsfähigkeit von Unternehmen und der Wettbewerb eingeschränkt werden, dann erheben wir unsere starke Stimme, mit der wir stellvertretend für 90 Prozent der deutschen Unternehmen sprechen.

Das heißt, auch wenn wir uns für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen, lehnen wir Subventionen oder die steuerliche Forschungsförderung ab, weil sie den Wettbewerb verzerren. Wir sind kein Branchenverband. Wir sind kein Mittelstandsverband. Wir sind ein Unternehmerversband

Und das nicht erst seit gestern: DIE FAMILIENUNTERNEHMER können auf eine 70jährige Geschichte zurückblicken, die 1949 in Wiesbaden mit der Gründung durch die Initiative Dr. Adolf Schleussners, einem Chemiker und Familienunternehmer, begann. Unser ordnungspolitisches Profil hat hier seine Wurzeln: Denn nach dem zweiten Weltkrieg war man sich in der jungen Bundesrepublik noch unsicher, wie man die Wirtschaftspolitik des aufstrebenden Deutschlands gestalten sollte. Teile der Industrie (BDI) und Mitglieder der Regierung wollten an die Kartellierung der Wirtschaft in der Vorkriegszeit anknüpfen.

Daher schlossen sich rund 80 Unternehmerfamilien zur Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) zusammen, wie der Verband noch bis 2016 im Zusatz hieß, um Ludwig Erhards Bestrebungen zu unterstützen, die Freie Marktwirtschaft zu installieren. In der Gründungssatzung formuliert man das damals so: »Der selbständige Unternehmer aller Wirtschaftszweige gehört zu den wenigen Berufsgruppen, die ihre wirtschaftliche Freiheit bewahrt haben und daher die Verpflichtung fühlen, für die wirtschaftliche und geistige Freiheit aller einzutreten.«

1950ER JAHRE

Die Planwirtschaft sollte sich in der BRD nicht durchsetzen. Ganz im Gegensatz zur ASU, die bereits ein Jahr nach Gründung ihr junges Pendant gründete, den Bund Junger Unternehmer (BJU). Diese Unternehmer unter 40 Jahren, die inzwischen DIE JUNGEN UNTERNEHMER heißen, traten 1953 mit einem Manifest an, das eine Staats- und Wirtschaftsordnung zum Ziel hatte, die durch Freiheit, Verantwortung und Leistung gekennzeichnet ist. Die Forderungen des Manifestes bilden damals wie heute das Wertegerüst des gesamten Verbandes.

Dabei, so Gründungsmitglied Ernst H. Räddecke in einem Interview, seien die meisten Mitglieder der ersten Stunde noch Studenten gewesen. »Hermann Bahlsen und ich sind mit dem Auto über Land gefahren, um weitere Unternehmer zu gewinnen«, so Räddecke über die Anfänge.

Schon früh ist der Verband mit seinen Forderungen nicht allein und findet schnell Unterstützer in der Politik. So fordert Franz Josef Strauß als »Bundesminister für besondere Aufgaben« 1954 anlässlich des fünfjährigen Bestehens der ASU offen ein Ende der Auswüchse der Bürokratie und des Anschwellens der Verwaltungsorgane.

1955 spricht Ludwig Erhard zum Thema »Die Freiheit des Unternehmers und seine Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft« vor den Jungen Unternehmern in Essen. Für den Vertreter des Ordoliberalismus soll es nicht der letzte Besuch im Verband bleiben.

Auch 1957 ist der »Vater der Sozialen Marktwirtschaft« als Gastredner zur ASU-Jahresversammlung geladen und spart nicht mit Lob: »Ich habe Ihre Denkschrift ›Marktwirtschaft gegen Inflation‹ mit großem Interesse gelesen. Das einzige, was ich daran auszusetzen habe, ist, dass ich nicht selber auf den guten Gedanken gekommen bin, das zu schreiben.«

1960ER JAHRE

Im BJU bemüht man sich in der 60ern denn auch um einen neuen Stil für Politik und Unternehmertum. Insbesondere im Verhältnis zu den Gewerkschaften wird eine Versachlichung angestrebt. Und die Unternehmensnachfolge wird zu einem Top-Thema. Ein Jahresthema aus der Zeit: »Erben allein genügt nicht«. Die Vorbereitung auf die Übernahme des Familienbetriebes und die Weiterbildung rücken in den Vordergrund.

Für die Wirtschaft und den Verband sind die 60er Jahre jedoch auch von Unsicherheit geprägt: Ludwig Erhard wird im Oktober 1963 nach dem Rücktritt Konrad Adenauers zum Bundeskanzler gewählt, konnte seine Ansichten innerhalb seiner Partei aber nicht durchsetzen. So sagte er 1964 anlässlich des 15jährigen Jubiläums der ASU: »Ich wünschte, ich hätte es mehr mit Leuten Ihrer geistigen Haltung zu tun, dann wäre das alles für mich viel einfacher«. Zwei Jahre später werden ihm und der deutschen Wirtschaft zusätzliche Reparationszahlungen an die USA zum Verhängnis: Hohe Arbeitslosenzahlen, steigende Inflation und Lohnkosten führen zur zweiten Rezession der Nachkriegszeit, die auch viele Mitglieder hart trifft und Erhard seine Kanzlerschaft kostet.

Im Verband ist man ernüchert und fragt sich angesichts der schwierigen Lage und den mit der wirtschaftlichen Krise einhergehenden Eingriffen des Staates in die Wirtschaft zum 20jährigen Jubiläum 1969 kritisch: Hat die ASU noch eine Zukunft?

Die Antwort des langjährigen Vorsitzenden Flender fällt kämpferisch aus: »Nach 20 Jahren nötiger denn je. [...] Die ASU wird sich auch weiterhin für eine Verbesserung und Weiterentwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzen. Wir dokumentieren das mit dem Thema, dass wir uns 1970 gestellt haben: Marktwirtschaft – ein Lernprozess.«

Außerdem gerät Ende der 60er Jahre ein weiteres Thema auf die politische Agenda, das den Verband noch länger auf Trab halten wird: Die Erbschaftsteuer.

1970ER JAHRE

Die bisher einzige sozial-liberale Koalition versuchte mit groß aufgelegten Konjunktur- und Stabilitätsprogrammen der Währungskrise und der Inflationsgefahr entgegenzuwirken. Auch die ASU beteiligt sich - Karl Schiller (SPD), Superminister für Wirtschaft und Finanzen im ersten Kabinett von Willy Brandt, bedankte sich 1971 beim Verband für die Unterstützung bei der Novelle des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Gesellschaftlich wirken die 1968er nach und die gesellschaftlichen Diskussionen kommen auch in den Betrieben der Mitglieder an. Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 folgt der Staat der Forderung der Angestellten und Arbeiter nach mehr Mitbestimmung. Der BJU setzt mit seinem »Unternehmensstatut«, eigene in der Öffentlichkeit viel beachtete Akzente. »Wir sind auf die Gewerkschaften und die Jusos zugegangen, die damals noch wesentlich radikalere Ziele verfolgten«, erinnert sich Michael Klett, Bundesvorsitzender des Verbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER von 1972 – 1973.

Mitte der 70er erholt sich die Wirtschaft langsam, im Verband bleibt man angesichts der anhaltend hohen Konjunkturausgaben der öffentlichen Hand aber bis zum Ende des Jahrzehnts skeptisch und sorgt sich um die Schuldenlast für die zukünftigen Generationen. Außerdem beklagt man unter anderem die ausufernden gesetzlichen Auflagen, Berichtspflichten und die daraus resultierenden Kosten.

So steht auch die Jahresversammlung zum 30jährigen ASU-Bestehen 1979 unter dem Motto »Weniger Staat – mehr Selbständigkeit«. Und: Der BJU ruft das Projekt »Schüler im Chefsessel« ins Leben, das bis heute eine Brücke zwischen Schule und Wirtschaft baut und Schülern ein realistisches Bild des Unternehmerberufs vermittelt.

1980ER JAHRE

Der Wandel in Deutschland geht weiter. In der Politik formieren sich 1980 »Die Grünen« und die Konjunktur, die Ende der 70er ein Zwischenhoch erlebte, flacht ab. Die ASU ist alarmiert und kämpft weiter gegen die ausufernde Staatsverschuldung. Im Verband ist man so unzufrieden mit der Arbeit der seit 13 Jahren regierenden sozial-liberalen Koalition, dass ASU-Präsident Martin Leicht 1982 von Otto Graf Lambsdorff fordert, die Koalition mit den Sozialdemokraten »statt eines Schreckens ohne Ende« aufzukündigen. Sechs Monate später zerbricht die Koalition aus SPD und FDP.

Neuer Kanzler in weltpolitisch kritischen Zeiten wird Helmut Kohl, der die ASU 1984 das erste Mal besucht.

Im gleichen Jahr stattet wiederum der BJU überraschend einer Persönlichkeit einen Besuch ab, der auf ein großes Medienecho stößt: Der Bund Junger Unternehmer übergibt der britischen Premierministerin Margaret Thatcher einen Preis für die Verdienste um das selbstständige Unternehmertum. »Der Preis war zuvor bereits an eine Reihe prominenter deutscher Marktwirtschaftler verliehen worden. Die Idee einer Verleihung an Frau Thatcher ist dann in einer kreativen Sitzung des Bundesvorstands entstanden. Es wurde festgestellt, dass es in Deutschland seinerzeit keine wirklich geeigneten Kandidaten gab. Daher bot sich der Blick ins europäische Ausland an. Frau Thatcher schien uns aufgrund ihrer konsequenten Ordnungspolitik die ideale Kandidatin zu sein«, so Klaus Günther, der damalige Bundesvorsitzende, der den Preis in Form eines Dampfmaschinen-Modells überreichte.

Dampf macht der Verband auch erstmals auf der Straße: Ebenfalls 1984 organisiert der BJU vor dem Hintergrund des Streits um die 35-Stunden-Woche die bundesweit erste Unternehmerdemonstration.

Die ASU schlägt dagegen leise, wenn auch nicht weniger hörbare Töne an und begeht 1988 den ersten Parlamentarischen Abend, der zur jährlichen

Tradition werden soll. In diesem Jahr spricht der spätere Einheits-Kanzler Helmut Kohl bei der BJU-Jahresversammlung. Von der nahenden Einheit ahnt man im Verband und im Rest Deutschland jedoch noch nichts. Denn kurz vor Ende der 80er kämpft man angesichts erstmals seit Beginn des Jahrzehnts steigender Investitionen des Mittelstands und einem gesamtwirtschaftlich wieder erstarkten Deutschland für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und fordert eine Deregulierungsoffensive. Zukunftsthema Nummer eins: Der EG-Binnenmarkt, der 1993 geschaffen werden soll und von der breiten Mehrheit der Mitglieder unterstützt wird.

1990ER JAHRE

Die Wiedervereinigung wird DAS Top-Thema des Jahrzehnts in beiden Verbandsteilen. Durch engagierte Verbandsarbeit gilt es, in den neuen Bundesländern Aufbauarbeiten zu leisten und die ordnungspolitischen Prinzipien in die ostdeutschen Unternehmen zu tragen. Die ASU ruft dazu nur zwei Monate nach dem Mauerfall eine schriftliche Kontaktbörse für DDR-Bürger ins Leben. Mit unglaublichem Erfolg: Insgesamt 10.000 Briefe treffen beim Verband ein. Daraufhin startet der erste Kontakt- und Kooperationsmarkt in Dresden: 8.500 Besucher aus Ost und West knüpfen hier Kontakte. Beim BJU geben 100 Unternehmer innerhalb der Initiative »Unternehmer helfen Unternehmer« ihre Erfahrungen bei der Führung von mittelständischen Unternehmen an ostdeutsche Unternehmer weiter.

»Die Unternehmer aus dem Osten wirkten exotisch. Ohne die westdeutschen Konventionen krepelten sie die Ärmel hoch und sogten die befreiende Luft der Marktwirtschaft ein, waren fasziniert von unseren klaren ordnungspolitischen Forderungen. Oft waren es dann auch die ostdeutschen Jungunternehmer, die unsere politischen Aktionen bereicherten«, erzählt Wolfgang Mainz, Bundesvorsitzender von 1995 – 1997, der damals dabei war.

Doch der Optimismus währt nicht lang. Viele Unternehmen lassen sich nicht retten, die Arbeitslosenzahlen und die Staatsverschuldung schnellen in die Höhe. Der Verband kämpft in den ersten Jahren vor allem mit der Treuhand um die Privatisierung und setzt sich für die Rückgabe enteigneter Unternehmen ein.

Die anhaltende Kritik der ASU an der Nachwende-Politik der Bundesregierung führt schließlich 1996 dazu, dass Kanzler Helmut Kohl den Verband, den er 1993 noch lobte, scharf angreift und mit Extremisten vergleicht. Ungeachtet dessen bezeichnet Bundespräsident Herzog Familien- und Eigentümerunternehmer auf der ASU-Jahresversammlung ein Jahr später auf dem Petersberg bei Bonn als Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft.

Sein Herz für Europa entdeckt man beim BJU Mitte der 90er und engagiert sich im Rahmen des Netzwerks »Young Entrepreneurs for Europe«, tauscht sich über unterschiedliche Auffassungen von Wirtschaftspolitik aus und stellt in zähen Verhandlungen gemeinsame Forderungen auf.

Ende des Jahrzehnts resümiert Dr. Thomas Bentz, persönlich haftender Gesellschafter der Melitta-Unternehmensgruppe und langjähriger Präsident des Verbandes: »Die Bevölkerung spürt, dass Veränderungen, Einsparungen, auch Eingriffe in Besitzstände unvermeidlich sind. Aber die Politik bewegt nichts mehr; sie blockiert sich in der Konfrontation. Sie schiebt die Probleme weiter statt sie zu lösen. Der Begriff ‚Reformstau‘ ist zum ‚Wort des Jahres‘ geworden«. Bentz fordert einen neuen Aufbruch.

Ein eigener Wagen bei der Loveparade des BJU lässt 1998 erahnen, wohin die Reise des Gesamtverbandes geht. Zumindest geografisch: Die Bundesgeschäftsstelle zieht 1999 von Bonn nach Berlin und rückt in das politische Zentrum der Republik vor, wo die ASU im gleichen Jahr ihren 50. Geburtstag feiert und Otto Graf Lambsdorff anlässlich des Jubiläums beim Festakt im Konzerthaus am Gendarmenmarkt den liberalen Geist der Offenheit, der Initiative und der Eigenverantwortung, der die ASU durchweht, würdigt.

2000ER JAHRE

Die 90er endeten mit einem kleinen wirtschaftlichen Aufschwung bei einer gleichbleibend hohen Arbeitslosigkeit. Der Verband bleibt kritisch, weil die rot-grüne Koalition keine Reformen in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik anpacken will.

Im März 2000 platzt die dotcom-Blase. Der Verband vertritt die Einstellung, dass unternehmerisches Handeln langfristig althergebrachten Regeln folgt – auch auf neuen Wegen. Und bemüht sich, die künstlich geschaffenen Gräben zwischen »old-« und »new-economy« zu schließen. Die Nachbeben sind noch spürbar, als 2002 der Euro eingeführt wird. Bereits im Vorfeld wird im Verband heiß diskutiert. Im Fokus der Debatte: Wie kann die Stabilität der neuen Währung gewährleistet werden? Der Verband beharrt auf strikten Regeln. Die Politik weicht sie auf.

»Wer glaubt, der Staat hätte die Aufgabe, eine Art Oberbetreuer zu sein, der entmündigt die Menschen von Anfang an und hat ein falsches Verständnis von ihnen«, sagt CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel bei ihrer Rede auf der ASU-Jahresversammlung ein Jahr später ganz im Sinne des Verbandes, der sich in 2003 mit der Aktion »Bürokratieabbau jetzt!« positioniert. Außerdem rückt nach dem katastrophalen Abschneiden Deutschlands in der Pisa-Studie das Thema Bildung in den Fokus.

Beim BJU bemüht man sich, unter den veränderten medialen Spielregeln des Berliner Politikbetriebes wieder zurück in den Fokus der Berichterstattung zu gelangen. Karoline Beck, die 2004 als erste Frau an die Spitze eines Wirtschaftsverbands gewählt wird, gelingt es, den Interessen der jungen Unternehmer wieder eine deutliche Stimme zu verleihen. »Das Thema ‚erste Frau‘ in der Kombination mit ‚selbstständig‘ und ‚jung‘ ließ sich hervorragend platzieren. Ich habe das ‚Frausein‘ benutzt, um dann die wichtigen Themen zu platzieren: Ordnungspolitik, Entbürokratisierung, Selbstverantwortung, Subventionsabbau, Generationengerechtigkeit.«

Angela Merkel wird Mitte des Jahrzehnts die mächtigste Frau Deutschlands und die ASU legt große Hoffnung in die von ihr geführte Große Koalition. Leider wird diese enttäuscht, auch die neue Regierung lässt einen roten Faden in ihrer Politik vermissen, weitreichende Reformen am Arbeitsmarkt bleiben aus. Dr. Patrick Adenauer, seit 2005 ASU-Präsident kämpferisch: »Es zeigt sich, wie wichtig es ist, dass sich Familien- und Eigentümerunternehmer politisch organisieren und der Marktwirtschaft eine Stimme geben. Die Politik geht auf der Suche nach Mehrheiten immer den Weg des geringsten Widerstands. Wir Unternehmer müssen sie daran hindern, müssen sie mit den Realitäten des Wirtschaftslebens konfrontieren und ihr dadurch den bequemen Weg verbauen.«

Seine Kampfansage verbaut Adenauer jedoch nicht, von Merkel gehört zu werden. 2006 beruft sie ihn in den 17-köpfigen Rat für Innovationen und Wachstum der Bundesregierung. Ziel des Rates ist eine Verbesserung der Bedingungen für Innovationen und deren erfolgreiche Vermarktung.

Unter dem Motto »Auf die Verpackung schreiben, was drin ist«, entscheiden 2007 die Mitglieder des Verbandes, sich unter dem Namen DIE FAMILIEN-UNTERNEHMER neu aufzustellen. Inhaltlich bleibt man zwar seiner Linie treu, passt sich aber dem üblichen Sprachgebrauch an, der mit Selbstständiger Unternehmer oder beauftragter Unternehmer nur noch wenig anfangen kann. Eine unternehmerische Entscheidung, der auch der BJU folgt. Als DIE JUNGEN UNTERNEHMER kämpft man für eine kompromisslose Formulierung der Schuldenbremse.

Die Familienunternehmer setzen bis Ende des Jahrzehnts unter anderem erneut das Thema Doppelbesteuerung im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer auf die Agenda und bekämpfen das Monopol der Berufsgenossenschaften. Außerdem drängt der Verband im Wahljahr 2009 konsequent mit dem Slogan »Man kann an die nächste Wahl denken. Oder an die nächste Generation. Die Familienunternehmer. Immer eine Generation voraus.« auf die Notwendigkeit von verantwortungsvollem Handeln und langfristigem Denken.

2010 BIS HEUTE

Mit einer zweitägigen Veranstaltung zum 60-jährigen Bestehen gehen DIE JUNGEN UNTERNEHMER in dieses Jahrzehnt. »Ich wünsche mir mehr Gehör für das Thema »Generationengerechtigkeit« in Deutschland. Wir erheben hier als einzige das Wort«, so Bundesvorsitzende Marie-Christine Ostermann am Rande der Jubiläums-Gala in Hamburg. So überrascht es auch nicht, dass der Verband mit der »Tour der nächsten Generation« im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 auf die Marktplätze deutscher Großstädte geht und fordert: Generationengerechtigkeit gehört ins Grundgesetz!

Die Euro-Krise erschüttert 2010 Europa. Der Verband spricht sich für eine Entlassung Griechenlands aus der Währungsunion und einen weitreichenden Schuldenschnitt aus. Zur Stabilisierung des Euro und um Griechenland die Chance zu geben, seine Finanzen wieder in den Griff zu bekommen. Lutz Goebel, Präsident 2011 – 2017, rechnet vor, dass Griechenland im Euro nur wettbewerbsfähig werden kann, wenn es die Lohnkosten um 30 Prozent senkt. Das kann nicht gut gehen.

Außerdem bleibt beim Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER das Thema Steuern aktuell: Mit einer groß angelegten Kampagne gegen die Vermögensteuer macht der Verband deutlich, dass dieser Eingriff in die Substanz der Betriebe die Wirtschaft nachhaltig schwächt und Investitionen verhindert. Die Kampagne wird ein Riesenerfolg. Die Parteien, die mit der Vermögensteuer in den Wahlkampf gezogen sind, bekommen am Wahltag die Quittung.

Einen Achtungserfolg konnte 2016 erzielt werden, als DIE JUNGEN UNTERNEHMER Bratwürste in der Londoner Innenstadt verteilten. Den Brexit konnten der Bundesvorsitzende Hubertus Porschen und seine Helfer mit der Aktion »Bratwurst against Brexit« zwar nicht aufhalten, aber das europapolitische Profil des Verbandes schärfen. Außerdem bringt man ein Europa der Klubs mit unterschiedlich vertiefter Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern ins öffentliche Gespräch.

Nach einem schwierigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer führten DIE FAMILIENUNTERNEHMER 2015 und 2016 in komplizierter politischer Gemengelage einen harten Kampf um ein neues Erbschaftsteuer-Gesetz. Das CDU-geführte Finanzministerium, die Mehrheit der Bundesländer und die Mehrheit im Bundestag waren zunächst für eine kräftige Erhöhung der Erbschaftsteuer für Firmenerben. Durch massive Öffentlichkeitsarbeit und intensives Lobbying konnte unter großem persönlichem Einsatz von Präsident Lutz Goebel ein Kompromiss erzielt werden, mit dem die meisten Mitglieder zufrieden sind.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 suchten DIE JUNGEN UNTERNEHMER »Germany's next Bundeskanzler/in«. Mit dieser Kampagne wurde ordentlich für Wirbel gesorgt. Nach einem spannenden Online-Contest standen schließlich fünf Finalisten fest. Diese wurden zum Kanzler Camp nach Berlin eingeladen. In einer Live-Show wurde schließlich der Gewinner gekürt.

Seit 2017 ist Reinhold von Eben-Worlée Präsident von DIE FAMILIENUNTERNEHMER. In seiner Amtszeit wurde erstmalig der »Ordnungspolitische Preis« vergeben. Die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung hat das Ziel, an die langfristigen Vorteile der Ordnungspolitik zu erinnern und sie weiter stärken. Erster Preisträger war Prof. Dr. Justus Haucap.

DAS WIR IN
WIRTSCHAFT.

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

Bundesgeschäftsstelle

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

kontakt@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu